

»EDE, DU BIST EIN GROSSER ESEL ...«

Revolutionäre Realpolitik

Als Rosa Luxemburg im Jahr 1898 zur deutschen Sozialdemokratie stieß, war die Partei – seit dem Erfurter Parteitag im Jahr 1891 – durchweg von einem marxistischen Selbstverständnis geprägt. Zugleich war sie innerhalb der Zweiten Internationale die stärkste und erfolgreichste nationale Organisation. Die Zahl der Mitglieder nahm stetig zu, ebenso die der Parlamentsmandate, eine reichhaltige und vielfältige Parteipresse sorgte für publizistische Präsenz und die Sozialdemokratie war zu einem bedeutenden politischen Faktor in Deutschland geworden. Diese Situation bildete den Hintergrund für jene Debatte, in der sich Rosa Luxemburg zum ersten Mal innerhalb der Partei profilieren sollte: die *Revisionismusdebatte*. Ihr Kontrahent, mit dem sie den Streit ausfocht, war der angesehene marxistische Theoretiker Eduard Bernstein (1850–1932). Ursprünglich noch ein Kampfgefährte von Karl Marx und Friedrich Engels, wurde Bernstein ein Opfer von Bismarcks Sozialistengesetz und lebte im Londoner Exil. Eine Serie von Artikeln in der *Neuen Zeit* aus seiner Feder sorgte für Aufsehen. Er stellte darin die Notwendigkeit der Aufhebung der kapitalistischen Ökonomie und deren Ablösung durch den Sozialismus grundlegend infrage und polemisierte gegen die Vertagung aller Probleme bis zum Tag des endgültigen Sieges des Sozialismus. Nicht auf dieses Endziel käme es an, sondern auf die Bewegung dahin. Bernstein ging von der Möglichkeit aus, dass die Gesellschaft

auf dem Weg beharrlicher sozialer Reformen die sozialen Widersprüche der Ökonomie aufheben und auf diese Weise in den Sozialismus »hineinwachsen« könne. Die schrittweise Beseitigung der sozialen Verwerfungen und die allmähliche Demokratisierung der gesellschaftlichen Institutionen seien auf dem Weg der Gesetzgebung möglich. Die Prognose des notwendigen Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems habe sich als irrig erwiesen. Der Kapitalismus habe eine enorme Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Genau dies bestreitet Rosa Luxemburg nun vehement. Aus einer Artikelserie in der *Leipziger Volkszeitung* entstand schließlich ihre Streitschrift *Sozialreform oder Revolution?*, mit der sie gegen Bernstein Stellung bezog. Luxemburg argumentiert vor allem ökonomisch. Sie stellt keineswegs in Abrede, dass Reformen die sozialen Auswirkungen des Kapitalismus abmildern können, und sie misst einer entsprechenden Taktik auch einige Bedeutung zu, vor allem, weil auf diesem Weg das Klassenbewusstsein der Arbeiter gestärkt und konkrete Reformen auf diese Weise durchaus für das Endziel des Sozialismus bedeutend sein können. Aber eben nur im Blick auf dieses Endziel und nicht an sich sind diese Reformen zu bewerten. In einem späteren Aufsatz wird sie dieses dialektische Spannungsverhältnis zwischen dem Kampf um konkrete Reformen und der Aufhebung des kapitalistischen Systems insgesamt in die Formel von der *revolutionären Realpolitik* zusammenfassen. Luxemburg geht vom Grundwiderspruch aus, der den Kapitalismus auszeichnet, nämlich dem Widerspruch zwischen einer zunehmend vergesellschafteten Produktion einerseits und der privaten Aneignung der Produktionsmittel andererseits. Solange dieser Grundwiderspruch besteht, gebiert er aus sich selbst heraus Krisen. Dieser insgesamt destruktive Prozess kann nur zeitweise in seinen Auswirkungen abgemildert werden, er steuert aber unweigerlich auf den Zusammenbruch des ökonomischen Systems insgesamt zu. Allerdings ist Luxemburg auch weit entfernt von einem platten Determinismus, zu dem die Marx'sche Theorie innerhalb der deutschen Sozialdemokratie inzwischen erstarrt war und der ganz dogmatisch von – verselbstständigten – ökonomischen Faktoren ausging und daraus eine fatalistische Zukunftserwartung ableitete. Die soziale Revolution würde sich demzufolge mit na-

turgesetzlicher Zwangsläufigkeit einstellen. In dieser Frontstellung ist Bernsteins Widerspruch durchaus fruchtbar gewesen. Luxemburg teilt eine solche simplifizierende Auffassung allerdings nicht. Sie geht zwar davon aus, dass der Kapitalismus sich unvermeidlich »den Schädel zerschmettern muss«, wie sie einmal an Leo Jogiches schreibt, aber auch, dass es die Menschen sind, die ihre Geschichte selbst machen – wenn auch nicht aus freien Stücken und immer unter vorgegebenen Bedingungen. Dieser »subjektive Faktor« ist mehr als nur der schlichte Reflex objektiver Gegebenheiten. Das bewusste Handeln der Menschen treibt den historischen Prozess voran, sie sind nicht nur Produkt und Folge, sondern eben auch Triebfeder der Entwicklung. Die soziale Revolution bedarf also der Reife der Akteure, der Arbeiterschaft selbst, und eben dieser dient der Kampf um konkrete Reformen. Zwangsläufig – und damit eine »objektive Notwendigkeit« – ist für Luxemburg also die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus. Ob aber daraus historisch real der Sozialismus hervorgehen würde, hing für sie von Organisation und Klassenbewusstsein des Proletariats ab. Geschichte kann nicht willkürlich gemacht werden, ihr liegen notwendige Tendenzen zugrunde, aber daraus resultiert kein linear-evolutionärer Verlauf. Der Ausgang der Geschichte – die Alternative zwischen dem Sieg des Imperialismus, der »Barbarei«, und dem Sozialismus – bleibt offen und hängt von Bewusstsein und Mobilisierung des Proletariats ab. Auch ihre Imperialismustheorie, wie sie sie im Jahr 1913 in ihrem theoretischen Hauptwerk *Die Akkumulation des Kapitals* vorlegt (s. unten S. 52 ff.), kann nicht im Sinne einer Theorie des automatischen Zusammenbruchs interpretiert werden. Die Theorie zeige lediglich die *Tendenz* der Entwicklung auf, nicht deren notwendigen Schlusspunkt. Dieser muss umso weniger erreicht werden, »je mehr das gesellschaftliche Bewusstsein, diesmal im sozialistischen Proletariat verkörpert, als aktiver Faktor in das blinde Spiel der Kräfte eingreift« (GW 5, 447).

Kann sich Rosa Luxemburg mit ihrer Haltung tatsächlich mit größerem Recht auf Karl Marx berufen als ihr Widerpart Eduard Bernstein? Das ist alles andere als eindeutig. Fraglos ist es charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise, dass sie periodisch Krisen aus sich heraus gebiert. Solange die Produktion nicht bewusst geplant

und koordiniert erfolgt, sondern einen anarchischen, ungeordneten Prozess darstellt, der aus der Konkurrenz von Einzelkapitalien hervorgeht, die je für sich – »bei Strafe des Untergangs« – gezwungen sind, ihren Profit zu maximieren, sind wiederkehrende Krisen unvermeidlich. Schwieriger zu beantworten ist aber bereits die Frage nach der genauen Erklärung dieser Krisen. Marx selbst bietet ja im *Kapital* mindestens zwei unterschiedliche Krisentheorien an, die nicht ohne Weiteres miteinander harmonisiert werden können: den tendenziellen Fall der Profitrate einerseits und die Unterkonsumtionstheorie andererseits (vgl. dazu ausführlicher: TS 274–293; 302–310). Zumindest an der inneren Schlüssigkeit der erstgenannten Krisentheorie kann man berechtigte Zweifel haben. Die Behauptung allerdings, dass Marx eine Zusammenbruchstheorie daraus abgeleitet habe, steht auf einem sehr schwachen Fundament. Es gibt eine einzige Stelle im *Kapital*, in der Marx die Vermutung äußert, dass der Prozess der Zentralisierung der kapitalistischen Produktion zum Zusammenbruch führen würde (MEW 25, 274). Über diese knappe Aussage hinaus aber findet sich im gesamten Marx'schen Werk keine spezifisch ökonomische Zusammenbruchstheorie.

Damit ist allerdings über die Sache selbst noch nichts ausgesagt. Wie später noch genauer gezeigt werden wird, hat Rosa Luxemburg selbst mit ihrer Imperialismustheorie begründet, warum die Krisentendenzen des Kapitalismus noch nicht zum Zusammenbruch geführt haben. Entscheidend sind die vom kapitalistischen Produktionsverhältnis noch nicht vollständig erfassten Bereiche und geografischen Räume; sie sind es, die seine weitere Expansion und den vorläufigen Aufschub seines Zusammenbruchs ermöglichen (s. weiter unten, S. 52 ff.).

Aus unserer heutigen Perspektive wissen wir, als wie anpassungsfähig und flexibel sich das kapitalistische Wirtschaftssystem tatsächlich erwiesen hat. Entgegen allen Untergangsprognosen hat es sich selbst am Leben erhalten. Es ist ihm immer wieder gelungen, seine Krisentendenzen und -folgen zu externalisieren, auszulagern, abzuwälzen, zum Beispiel auf die großen Bevölkerungsmehrheiten der sogenannten Dritten Welt, die zu einem guten Teil völlig ausgeschlossen sind von jeglicher ökonomischen und sozialen Teilhabe, oder

auch auf die zukünftigen Generationen, deren natürliche Lebensgrundlagen zerstört und ausgeplündert werden. Dass verheerende Kriege ihre letzte Ursache ebenfalls in der Selbstwidersprüchlichkeit der kapitalistischen Dynamik haben, wird uns noch an anderer Stelle beschäftigen (s. S. 52 ff.). Was die neoliberale Theorie als Ausdruck dessen bewertet, dass sich die Marktwirtschaft eben noch nicht in vollkommener Freiheit von politischen Beschränkungen oder traditionellen Fesseln durchgesetzt hat, ist nichts anderes als die Kehrseite eben dieser weltweit etablierten kapitalistischen Ökonomie. In den Industrieländern konnten die Krisen – vorläufig – in Grenzen gehalten werden, weil man stetiges Wirtschaftswachstum auf Dauer stellte und institutionalisierte – ein Wachstum allerdings, dessen objektive Grenzen längst zutage liegen – und die Krisen in vielfacher Form auslagerte. Heute allerdings haben wir es mit einer qualitativ völlig neuen Situation zu tun: Die Krise des wachstumsgetriebenen weltweiten Kapitalismus äußert sich in einer umfassenden Biosphärenkrise, die den Fortbestand der menschlichen Zivilisation insgesamt infrage stellt. Aus dieser Krise wird sich der Kapitalismus nicht mehr herauswinden können, weil seiner inneren Dynamik eine externe absolute Schranke gesetzt ist, die geologischer, biologischer und physikalischer Natur ist: das Schwinden der Tragfähigkeit der Ökosysteme und die zunehmende Verknappung endlicher natürlicher Ressourcen. Alle Versprechen eines grünen Kapitalismus, einer »Entkopplung« von Wachstumszwang und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch erweisen sich als infantile Technikfantasien. Diese absolute Schranke, vor der der Kapitalismus mit seinem ihm eingeschriebenen Wachstumszwang nun steht, stellt uns vor die Alternative, seine letzte Krise über uns hereinbrechen zu lassen – mit all den sozialen Verwerfungen, die dies nach sich zieht – oder die Situation bewusst zu gestalten, durch gezielte Schritte industrieller Abrüstung seine zerstörerische Dynamik einzudämmen und zu versuchen auf einer viel schmaleren Ressourcenbasis eine solidarische Gesellschaft zu errichten.

Wie sehr Bernsteins Position die Befindlichkeit der sozialdemokratischen Partei und deren faktischen parlamentarischen Pragmatismus – trotz aller marxistisch-revolutionärer Sonntagsreden und

trotz der Dominanz des »marxistischen Zentrums« – zum Ausdruck brachte, macht der berühmte Ausspruch Ignaz Auers deutlich, als Bernstein die Programmatik der Partei in seinem Sinne verändern wollte: »Lieber Ede, du bist ein großer Esel, denn so was sagt man nicht, so was tut man!«

Eine Lanze sei zum Schluss jedoch noch für Eduard Bernstein gebrochen: Die Denunzierung aller konkreten Reformschritte als Reformismus, der Aufschub aller Problemlösungen bis zur endgültigen Überwindung des kapitalistischen Systems und einem erträumten Sieg des Sozialismus schlägt spätestens dann in einen unerträglichen Zynismus um, wenn es um die konkreten Lebens- und Überlebensmöglichkeiten von Menschen geht. Ein plakativ propagierter Antikapitalismus kann leicht zum Alibi verkommen, das politische Abstinenz rechtfertigt. Gerade heute sind wir angesichts der tiefen ökologischen Krise, der Gefährdung des Fortbestands der menschlichen Zivilisation und der drängenden Zeit darauf angewiesen, mit den uns jetzt schon zur Verfügung stehenden Mitteln die Notbremse zu ziehen und dadurch überhaupt sicherzustellen, dass wir die Kontrolle über das Geschehen nicht völlig verlieren. Vielleicht bieten diese konkreten Maßnahmen zur Verhinderung des Schlimmsten die Chance, Auswege aus dem System zu eröffnen und Spielräume für eine andere Logik jenseits der kapitalistischen Verwertungszwänge zu schaffen. Jedenfalls sollte klar geworden sein, von welcher Aktualität der Streit – trotz der völlig anderen historischen Situation – ist, den Bernstein und Luxemburg miteinander ausgetragen haben, und wie wenig uns leichtfertig vorgetragene Schlagworte (»Reformismus«) tatsächlich weiterhelfen.

[...]

Sozialreform *oder* Revolution? Kann denn die Sozialdemokratie *gegen* die Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform *entgegenstellen*? Allerdings nicht. Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche

praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber der *Zweck* ist:

[...]

Nach Bernstein wird ein allgemeiner Zusammenbruch des Kapitalismus mit dessen Entwicklung immer unwahrscheinlicher, weil das kapitalistische System einerseits immer mehr Anpassungsfähigkeit zeigt, andererseits die Produktion sich immer mehr differenziert. Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus äußert sich nach Bernstein erstens in dem Verschwinden der allgemeinen *Krisen*, dank der Entwicklung des Kreditsystems, der Unternehmerorganisationen und des Verkehrs sowie des Nachrichtendienstes, zweitens in der Zähigkeit des Mittelstandes infolge der beständigen Differenzierung der Produktionszweige sowie der Hebung großer Schichten des Proletariats in den Mittelstand, drittens endlich in der ökonomischen und politischen Hebung der Lage des Proletariats infolge des Gewerkschaftskampfes.

[...]

Die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus stützt sich [...] bekanntermaßen auf *drei* Ergebnisse der kapitalistischen Entwicklung: vor allem auf die wachsende *Anarchie* der kapitalistischen Wirtschaft, die ihren Untergang zu unvermeidlichem Ergebnis macht, zweitens auf die fortschreitende *Vergesellschaftung* des Produktionsprozesses, die die positiven Ansätze der künftigen sozialen Ordnung schafft, und

drittens auf die wachsende *Organisation und Klassenerkenntnis* des Proletariats, das den aktiven Faktor der bevorstehenden Umwälzung bildet.

[...]

Die revisionistische Theorie steht vor einem Entweder – Oder. Entweder folgt die sozialistische Umgestaltung nach wie vor aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung, dann entwickeln sich mit dieser Ordnung auch ihre Widersprüche und ein Zusammenbruch in dieser oder jener Form ist in irgendeinem Zeitpunkt das unvermeidliche Ergebnis, dann sind aber auch die »Anpassungsmittel« unwirksam, und die Zusammenbruchstheorie richtig. Oder die »Anpassungsmittel« sind wirklich imstande, einem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems vorzubeugen, also den Kapitalismus existenzfähig zu machen, also seine Widersprüche aufzuheben, dann hört aber der Sozialismus auf, eine historische Notwendigkeit zu sein [...].

Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüfett nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene *Momente* in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z. B. Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.

Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein *Produkt* der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und so lange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nach-

wirkt, oder, konkret gesprochen, nur *im Rahmen* der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform. Das ist eben der Kernpunkt der Frage.

Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als die zusammengedrückte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die *Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente. Das ganze Geheimnis der geschichtlichen Umwälzungen durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlage der bloßen quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität, konkret gesprochen in dem Übergange einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere.

Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg *anstatt* und im *Gegensatz* zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein *anderes* Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten. So gelangt man von den politischen Ansichten des Revisionismus zu demselben Schluss, wie von seinen ökonomischen Theorien: dass sie im Grunde genommen nicht auf die Verwirklichung der *sozialistischen* Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der *kapitalistischen*, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen.

(*Sozialreform oder Revolution?*, in: *GW* 1/1, 369–429)

[...]

Wenn die heutige Arbeiterbewegung, allen Gewaltstreichern der gegnerischen Welt trotzend, siegreich die Mähnen schüttelt, so ist es vor allem die ruhige Einsicht in die Gesetzmäßigkeit der objektiven historischen Entwicklung, die Einsicht in die Tatsache, dass »die kapitalistische Produktion ... mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation« (MEW 23, 791) – nämlich die Expropriation der Expropriateure, die sozialistische Umwälzung – erzeugt, diese Einsicht ist es, in der sie die feste Bürgschaft des schließlichen Sieges erblickt und aus der sie nicht nur den Ungestüm, sondern auch die Geduld, die Kraft zur Tat und den Mut zur Ausdauer schöpft.

Die erste Bedingung einer erfolgreichen Kampfpolitik ist das Verständnis für die Bewegungen des Gegners. Was gibt uns aber den Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Politik bis in ihre kleinsten Verzweigungen, bis in die Verschlingungen der Tagespolitik, ein Verständnis, das uns gleichermaßen vor Überraschungen wie vor Illusionen bewahrt? Nichts anderes als die Erkenntnis, dass man alle Formen des gesellschaftlichen Bewusstseins, also auch die bürgerliche Politik, in ihrer inneren Zerrissenheit aus den Klassen- und Gruppeninteressen, aus den Widersprüchen des materiellen Lebens und in letzter Instanz »aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen« erklären muss.

Und was gibt uns auch die Fähigkeit, unsere Politik neuen Erscheinungen des politischen Lebens, wie z. B. der Weltpolitik, anzupassen und sie vor allem, auch ohne besonderes Talent und Tiefsinn, mit einer Tiefe des Urteils einzuschätzen, die den Kern selbst der Erscheinung trifft, während die talentvollsten Kritiker der Bourgeoisie nur an ihrer Oberfläche tasten oder sich bei jedem Blick in die Tiefe in ausweglose

Widersprüche verwickeln? Wiederum nichts anderes als der Überblick über den historischen Entwicklungsgang an der Hand des Gesetzes, dass es »die Produktionsweise des materiellen Lebens« ist, die »den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess bedingt«.

Vor allem aber, was gibt uns einen Maßstab bei der Wahl der einzelnen Mittel und Wege im Kampfe, zur Vermeidung des planlosen Experimentierens und kraftvergeudender utopischer Seitensprünge? Die einmal erkannte Richtung des ökonomischen und politischen Prozesses in der heutigen Gesellschaft ist es, an der wir nicht nur unseren Feldzugsplan in seinen großen Linien, sondern auch jedes Detail unsres politischen Strebens messen können. Dank diesem Leitfaden ist es der Arbeiterklasse zum ersten Mal gelungen, die große Idee des sozialistischen Endziels in die Scheidemünze der Tagespolitik umzuwechseln und die politische Kleinarbeit des Alltags zum ausführenden Werkzeug der großen Idee zu erheben. Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik, und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx *sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik* ist.

Wenn wir nämlich als Realpolitik eine Politik erkennen, die sich nur erreichbare Ziele steckt und sie mit wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß, so unterscheidet sich die proletarische Klassenpolitik im Marx'schen Geiste darin von der bürgerlichen Politik, dass die bürgerliche Politik vom Standpunkte der *materiellen Tageserfolge* real, während die sozialistische Politik es vom Standpunkte der *geschichtlichen Entwicklungstendenz* ist. Es ist genau derselbe Unterschied wie zwischen einer vulgärökonomischen Werttheorie, die den Wert als eine dingliche Erscheinung vom Standpunkte des Marktstandes, und der Marx'schen Theorie,

die ihn als gesellschaftliches Verhältnis einer bestimmten historischen Epoche auffasst.

Die proletarische Realpolitik ist aber auch revolutionär, indem sie durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung, in der sie arbeitet, hinausgeht, indem sie sich bewusst nur als das Vorstadium des Aktes betrachtet, der sie zur Politik des herrschenden und umwälzenden Proletariats macht.

(Karl Marx, in: GW 1/2, 372-374)